

Redebeitrag LKW Demokratie – 31.08.2024

Liebe Teilnehmer:innen, liebe Freund:innen,

wir sind Samir von Zeugen der Flucht und Annick von der Seebrücke Dresden. Wir gehören zum Menschenrechte Floor und haben einen Wagen zum Thema Demokratie und Brandmauer gestaltet. Zu diesem gehören außerdem der Ausländerrat Dresden, Buntes Meißen, RAA Sachsen und die Refugee Law Clinic.

In den letzten Jahren haben wir an dieser Stelle immer wieder auf die Menschenrechte aufmerksam gemacht. In einer Demokratie verpflichten wir uns die Menschenrechte zu achten, doch dieser Verpflichtung werden nicht alle gerecht.

Im Vorfeld der Kommunal- und Europawahl sowie im Vorfeld der Landtagswahl sehen und erleben wir viel Hass, Wut, Spaltung und Menschenrechtsverletzungen. Menschen, die sich für ein demokratisches Miteinander stark machen, wird das Recht auf körperliche Unversehrtheit abgesprochen. Adressen von Wohn- und Arbeitsplätzen werden veröffentlicht, politisch Engagierte und Minderheiten werden verbal und körperlich angegriffen und eingeschüchert. Das Gewaltpotenzial hat enorm zugenommen. Die Hemmschwelle ist drastisch gefallen.

Es gab Angriffe auf Politiker:innen und ihre Wahlkampfshelfer:innen. Sie mussten teilweise im Krankenhaus behandelt werden. Regenbogenfahnen wurden von Rathäusern gerissen, Vielfalt und Menschenwürde wurden mit Füßen getreten. Das hat nichts mehr mit Meinungsfreiheit zu tun. Das ist Einschüchterung pur, so wie wir es aus dem Geschichtsunterricht über die 20er und 30er Jahre des vergangenen Jahrhunderts kennen.

Das alles sind Angriffe auf unsere Demokratie und unsere pluralistische Gesellschaft. Dagegen müssen wir aufstehen! Dagegen müssen wir uns wehren! Daher fordern wir eine klare Brandmauer nach rechts.

Demokratische Prozesse finden oft in Vereinen und zivilgesellschaftlichen Initiativen statt: Dazu gehören unter anderem

- die freiwillige Feuerwehr,
- Kinder- und Jugendverbände,
- soziokulturelle Zentren, Mehrgenerationenhäuser, Familien- und Begegnungszentren
- Sportvereine,
- Einrichtungen für politische Bildung
- Freiwilligendienste,
- Engagierte, die sich um die Integration von Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung kümmern.

Diese Vereine und zivilgesellschaftlichen Initiativen ermöglichen vielen Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Prozess. Sie bilden und vernetzen. Sie stärken das Selbstvertrauen. Sie zeigen, wie Menschen selbst wirksam werden und sich eine eigene Meinung bilden können.

Ihnen soll die finanzielle Basis ihrer Arbeit entzogen werden. So soll das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 900 Millionen Euro einsparen. Das bedeutet Einschränkungen und das „Aus“ für viele Förderprogramme.

Auch Ganztagsprojekte und Schulsozialarbeit sind davon betroffen und in Gefahr, denn der sächsische Finanzminister will die voraussichtlichen Mindereinnahmen an Steuern in diesem und den nächsten Jahren mit Kürzungen der Gelder für genau solche Projekte ausgleichen.

Kürzungen dieser finanziellen Mittel haben zur Folge, dass Betroffene von rechtsextremistischer, antisemitischer und anti-muslimischer Gewalt keine Unterstützung mehr erhalten.

Kürzungen haben zur Folge, dass Freiwilligendienste reduziert oder gestrichen werden.

Kürzungen haben zur Folge, dass wertvolle Integrationsarbeit nur noch sehr begrenzt stattfinden kann.

Kürzungen haben zur Folge, dass viele inklusive Angebote in Bildung, Kultur und Ökologie wegfallen werden.

Menschen werden um ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gebracht. Der Basisdemokratie wird die Grundlage entzogen. Das ist nicht hinnehmbar!

Seit Anfang dieses Jahres ist Dresden für geflüchtete Menschen kein sicherer Hafen mehr. Der Stadtrat hat die Entscheidung, mehr Geflüchtete aufzunehmen als vorgegeben, zurück genommen. Das ist eine beschämende Entwicklung für unsere Stadt.

Auf europäischer Ebene wird das Menschenrecht auf Asyl ausgehöhlt. Mit der im April vom EU-Parlament beschlossenen GEAS-Reform werden die menschenrechtswidrigen Praktiken von EU-Grenzstaaten wie Griechenland oder Bulgarien aus den vergangenen Jahren legalisiert. Massenhafte Inhaftierung von Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen wird per Gesetz zur Norm. Das Individualrecht auf Asyl wird de facto abgeschafft. Dies verurteilen wir scharf und kritisieren dabei auch die politischen Entscheidungsträger:innen in Deutschland, die sich hinter diese menschenverachtende Reform gestellt haben.

Es ist ein weiteres Beispiel dafür, wie man glaubt, durch rechte Rhetorik und Politik, den rechtsextremen und populistischen Kräften den Wind aus den Segeln zu nehmen. Doch lasst uns sagen: das wird so nicht funktionieren!

Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir alle, die das Wahlrecht haben, morgen von unserem unveräußerlichen Grundrecht Gebrauch machen und bei der Wahl ein Zeichen für unsere Demokratie setzen. Auch für all die Menschen, die bei uns leben, aber auf Grund ihrer Herkunft kein Wahlrecht haben.

Wir entscheiden, in welche Richtung es ab morgen gehen wird!

Denken wir daran, dass es für komplexe Fragen, keine einfachen Antworten gibt.

Auch, wenn populistische Parteien es gern von den Dächern rufen.

Habt den Mut, euch eures eigenen Verstandes zu bedienen! Wählt mit Vernunft! Wählt solidarisch!

Wählt für Demokratie und Menschenrechte und distanziert euch von rechten Menschen!